



Gewerkschaft SIT

**Solidarität
mit papierlosen
ArbeitnehmerInnen**



syndicat

interprofessionnel

de travailleuses et travailleurs

Kontakt:

Gewerkschaftssekretariat:

Rue des Chaudronniers 16, Postfach 3287, 1211 Genf 3

Telefon: 022 818 03 00 Fax: 022 818 03 99

www.sit-syndicat.ch

Das Sekretariat ist täglich geöffnet (Montag bis Freitag) von 8h30 bis 12h00 und 14h00 bis 17h30 (Freitags bis 17h00).

Sprechstunden für Sans-papiers: montags und donnerstags 14h00 bis 17h00

www.sit-syndicat.ch

SIT, Genf, April 2010

> Der SIT ergreift die Initiative zur Verteidigung der Sans-papiers

► **D**urch sein Engagement für die prekärsten ArbeitnehmerInnen, ist der SIT ein zentraler Akteur des Genfer Netzwerks zur Verteidigung von MigrantInnen ohne Aufenthaltsbewilligung - meist Sans-papiers genannt.

Nach unseren Informationen arbeiten in der Schweiz mehrere hunderttausend Menschen aus Lateinamerika, Asien und Afrika ohne Aufenthaltsbewilligung. In Genf betrifft dies etwa 10'000 Personen. Alle diese Frauen und Männer arbeiten - sie haben kein Anrecht auf Sozialhilfe. Sie sind fast ausschliesslich in den prekärsten und am schlechtesten bezahlten Branchen angestellt, dort, wo die Gewerkschaften leider oft nur schlecht verankert sind.

Für die kollektive Regularisierung der Sans-papiers

► **U**m gegen die Ausbeutung dieser ArbeitnehmerInnen zu kämpfen, hat sich der SIT immer an einer **Strategie kollektiven Handelns** ausgerichtet. Wir engagieren uns für die kollektive Regularisierung der Sans-papiers und für die Anerkennung und Reglementierung jener Branchen, die Sans-papiers anstellen. Unsere Hauptforderung heisst: kollektive Regularisierung nach dem Prinzip **ein Arbeitsplatz = eine Aufenthaltsbewilligung**. Das heisst, wir wollen einen Rechtsstaat für alle Menschen und in allen Wirtschaftsbranchen.

Eine jahrzehntelange Kampagne

► **1970er-, 1980er- et 1990er-Jahre:** Der SIT kann gegenüber den kantonalen Behörden ein günstiges Kräfteverhältnis aufbauen und sie davon überzeugen, den kantonalen Handlungsspielraum zu nutzen um eine grosse Anzahl ab-

[In Genf betrifft dies etwa 10'000 papierlose ArbeitnehmerInnen]

gewiesener Asylsuchenden zu regularisieren. Der SIT setzt sich ebenfalls erfolgreich für die Rechte der Saisoniers - insbesondere aus Ex-Jugoslawien - ein. Mehrere Tausend Perso-

nen erhalten so eine Jahresaufenthaltsbewilligung und können von der Möglichkeit des Familiennachzugs Gebrauch machen.

Zum Jahrtausendwechsel: Aufgrund einer immer grösser werdenden Anzahl "illegaler" ArbeitnehmerInnen aus aussereuropäischen Ländern - insbesondere aus Lateinamerika und den Phillipinen - beschliesst der SIT, die Migrationsarbeit innerhalb seines Gewerkschaftssekretariats zu verstärken und sich besonders stark für die Hauswirtschaftsbranche zu engagieren, ein Sektor, in dem Sans-papiers sehr gefragt sind.

Jahr 2000: Mit dem Ziel, eine einheitliche und effiziente Front gegen die Behörden von Bund und Kanton zu bilden, nimmt der SIT an der Gründung des "Collectif de soutien aux sans-papiers" teil. Dieses Netzwerk umfasst mehrere Dutzend soziale, gewerkschaftliche und politische Organisationen. Im gleichen Jahr treten die Sans-papiers aus dem Schatten. Eine grosse nationale Demonstration in Bern, ruft zur "kollektiven Regularisierung der Sans-papiers" auf.

Seither suchen hunderte von Sans-papiers beim SIT Unterstützung und Schutz. Insgesamt etwa 6'000 Sans-papiers sind bis heute in unser Sekretariat gekommen. Um dieser Nachfrage gerecht zu werden, haben wir folgende Initiativen ergriffen:

Unsere Mittel verstärken: Sprechstunden, Prokurationen, GVs

► Seit 2002 kann der SIT auf die Unterstützung von AktivistInnen zählen, die zweimal pro Woche eine Sprechstunde für Sans-papiers durchführen. Im gleichen Jahr musste der SIT mehr als 150 Mal intervenieren, um die Freilassung von polizeilich festgehaltenen und von der Ausschaffung bedrohten Sans-papiers zu erlangen. Nach Verhandlungen mit Justiz und Polizei hat der SIT eine juristische Vollmachtserklärung (Prokuration) erarbeitet, die die Betroffenen immer bei sich haben. Im Falle einer polizeilichen Intervention beweist diese Prokuration, dass die festgenommene Person der Gewerkschaft SIT bekannt ist. Dies stellt einen effizienten Schutz dar und verhindert

de facto jede sofortige Ausschaffung.

2003 wird die Sans-papiers-Problematik stark mediatisiert. An einer vom SIT und dem Collectif de soutien aux sans-papiers organisierten Generalversammlung nehmen mehr als 1'500 Per-

[Im Jahr 2003 haben mehr als 1'500 "Papierlose" an einer GV teilgenommen]

sonen teil. Sans-papiers aus allen Teilen der Welt treten so an die Öffentlichkeit und werden sichtbar. Gemeinsam fühlen sie sich stark! In der Folge dieser GV wird erstmals ein offizielles kollektives

Regularisierungsbegehren gestellt: Mit der Unterstützung des "Collectif de soutien aux sans-papiers" reicht der SIT 1'353 Dossiers beim Regierungsrat ein.



► Offizielles kollektives Regularisierungsbegehren, Genf, 2003

Im Frühling 2004 findet eine weitere Sans-papiers-GV statt: 1'500 Personen bestätigen ihren Willen sich gemeinsam zu engagieren und fordern eine kollektive Regularisierung ihrer Situation. Nach einer in zwei Etappen erfolgten Einreichung von mehr



► Demo von papierlosen ArbeitnehmerInnen, Genf, 2003

als 700 neuen Dossiers, nimmt sich der Regierungsrat ernsthaft des Problems an und schlägt die Gründung einer "Kommission der Weisen" vor. Er schlägt ein erstes Eintreten auf Gesuche von Sans-papiers vor, die seit mehreren Jahren in der Schweiz arbeiten und weitere Kriterien (Integration usw.) erfüllen. Im gleichen Jahr beauftragt die kantonale tripartite Kommission (Conseil de surveillance du marché de l'emploi) eine Expertenkommission damit, einen ausführlichen Bericht zur Frage der Sans-papiers zu erstellen.

Der Genfer Regierungsrat unterstützt die Regularisierung

► 2000: Aufgrund der Schlussfolgerungen des von ihm in Auftrag gegebenen Berichts, beantragt der Regierungsrat bei den Bundesbehörden "die ausserordentliche und einmalige Regularisierung der Haushaltsangestellten, die sich in einer illegalen Situation

befinden". Er verbindet diesen Schritt mit der Anerkennung der Hauswirtschaftsbranche und verlangt eine strikte Anwendung des Normalarbeitsvertrags, der Mindestlöhne und eine wöchentliche Maximalarbeitsdauer für die Hauswirtschaftsbranche festlegt. Obwohl eine

[der Genfer Regierungsrat distanziert sich von der offiziellen Schweiz und beweist eine lobenswerte Offenheit, indem er das Prinzip der Regularisierung grundsätzlich befürwortet.]

kollektive Regularisierung in der Kompetenz der Bundesbehörden liegt, distanziert sich der Genfer Regierungsrat von der offiziellen Schweiz und beweist eine lobenswerte Offenheit, indem er das Prinzip der Regularisierung grundsätzlich befürwortet.

Er anerkennt, dass die Migrationspolitik in Bezug auf die Hauswirtschaftsbranche besonders problematisch ist!

Das Schweigen der Bundesbehörden und gesetzliche Verhärtungspolitik

► Seither, und entgegen der Bestrebungen des SIT, wurde in der Schweiz keine Lösung zugunsten der Sans-papiers ins Auge gefasst. Die Gesetzgebung und die offizielle Praxis verhärten sich ständig: 2006 wurden das Asylgesetzes (AsylG) und das Ausländergesetzes (AuG) durch das Stimmvolk angenommen und 2008 in Kraft gesetzt. Das vom Parlament ausgearbeitete Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit (BGSA) bedeutet eine zusätzliche Verhärtung der Migrationspolitik. Mit Ausnahme der Genfer Regierung, sowie - in geringerem Ausmass - der anderen Westschweizer Kantonsregierungen, leugnen die Kantons- und Bundesbehörden offiziell die Existenz und die Probleme papierloser ArbeitnehmerInnen!

Heute herrscht Status quo: In Genf hat sich die Situation weder verschlimmert noch verbessert. Der Regierungsrat hält an seiner Position fest und es kam zu keinen fristlosen Ausschaffungen. Von der Polizei kontrollierte Personen werden angehört und können ihre Rechte verteidigen. Eine kollektive Regularisierung steht immer noch nicht auf der nationalen Agenda. Bern hat auf die Anfrage der Genfer Re-

[Eine kollektive Regularisierung steht noch nicht auf der Tagesordnung in Bern]

► Versammlung von papierlosen ArbeitnehmerInnen, Genf, 2003

gierung noch nicht geantwortet. Die illegale Einwanderung ist tabu, auch wenn das Bundesamt für Migration (BFM) heute anerkennt, dass mehrere hunderttausend Personen in der Schweiz ohne Bewilligung leben und arbeiten. Die offizielle Heuchelei dauert an, allem und allen zu Trotz.

Der Status quo und das Nichteintreten auf eine kollektive Regularisierung haben den SIT und das "Collectif de soutien aux sans-papiers" jedoch nicht davon abgehalten, für eine relativ hohe Anzahl von Personen eine individuelle Regularisierung aus humanitären Gründen zu erreichen.



> Die aktuelle Situation der Sans-papiers in Genf

Die Verbesserungen

► Durch jahrzehntelanges Engagement konnten der SIT und andere Partnerorganisationen einige Verbesserungen im Alltag der Genfer Sans-papiers durchsetzen. Es wurden insbesondere folgende Etappen erreicht:

- Papierlose Kinder können in Genf die **obligatorische Schulzeit** absolvieren. Die Schweiz hat sich dazu verpflichtet, das Internationale Übereinkommen über die Rechte des Kindes und insbesondere das Recht jedes unter 18-jährigen Menschen auf Bildung sowie den Zugang zu kostenloser und obligatorischer Schulbildung zu respektieren. An anderen Orten in der Schweiz ist es für papierlose Kinder oft schwierig, öffentliche Schulen zu besuchen. Genf ermöglicht auch den Zugang zur Mittelschulbildung.

- Dank der Einführung der Prokuration des SIT finden keine fristlosen **Ausschaffung** aufgrund einfacher Vergehen gegen das Ausländergesetz mehr statt.

- Der SIT erreichte, dass mit dem "Chèque-service" ein neues administratives Verfahren eingeführt wurde, das die Deklaration von Hauswirtschaftsangestellten an die Sozialversicherun-

gen fördert. Die versicherten ArbeitnehmerInnen haben insbesondere Anrecht auf Leistungen der IV, der Unfallversicherung, der AHV, der Mutterschaftsversicherung und auf Familienzulagen.

- Der SIT konnte auch erreichen, dass der Zugang aller Sans-papiers zum Arbeitsgericht garantiert ist.

[Dank der Einführung der Prokuration des SIT finden keine fristlosen Ausschaffung aufgrund einfacher Vergehen gegen das Ausländergesetz mehr statt]

Der administrative Status quo

Der administrative Status quo, in dem die Sans-papiers gefangen sind, bedeutet für sie eine inakzeptablen Präkarität. Die meisten Sans-papiers sind aus Überlebensgründen aus ihrem Land ausgereist oder besser gesagt geflohen. Sie sind zu uns gekommen in der Hoffnung, hier eine neue Existenz aufbauen zu können und vor allem Geld an ihre daheim gebliebenen Familien schicken zu können. Oft werden diese Hoffnungen zerstört: Ihre Ausbildungen und Berufserfahrungen werden nicht anerkannt, da sie ja in der Illegalität gefangen sind. Ihre Arbeit und ihr Lohn entsprechen nicht ihren Qualifikationen.

Die Hindernisse

Ausser ihrer prekären Arbeitsverhältnisse und ihres tiefen Lohns, sind die Sans-papiers auch vielen anderen Schwierigkeiten ausgesetzt:

- Zugang zu medizinischer Versorgung: Obwohl die Sans-papiers wie alle Personen grundsätzlich der obligatorischen Krankenversicherung unterstellt sind - und der SIT systematisch eingreift, wenn eine Krankenkasse die Aufnahme verweigert - ist eine grosse Anzahl von Sans-papiers wegen ihrer zu tiefen Löhne nicht krankenversichert. Nicht- oder Unterversicherung führen dazu, dass bei Krankheit kein Arzt aufgesucht wird. Der Zugang zu medizinischer Versorgung wird zusätzlich dadurch erschwert, dass Sans-papiers keinerlei Anrecht auf Sozialhilfe haben. Glücklicherweise wurde in Genf eine ambulante Struktur geschaffen,

wo Menschen in prekären Verhältnissen (SchweizerInnen, AusländerInnen, Sans-papiers) ohne Diskriminierung medizinisch betreut werden - wenigstens jene, die davon wissen.

- Erbärmliche Wohnverhältnisse: Aufgrund von Wohnungsnot, hohen Mieten und der Unmöglichkeit, ohne Aufenthaltsbewilligung legal eine Wohnung zu mieten, sind Sans-papiers oft gezwungen, Untermietverträge zu unbezahlbaren Mietzinsen zu akzeptieren. Ihre Lebens- und Wohnverhältnisse sind meistens inakzeptabel. Zu mehr in kleinen Räumen eingepfercht zu sein, bringt nicht zu vernachlässigende Probleme mit sich!

- Ungenügendes Recht auf Bildung und Erziehung: Auch wenn der Zugang zur obligatorischen Bildung in Genf sichergestellt ist, ist der Weg zur Berufsbildung und zur Lehre weiterhin



► Generalversammlung der Sans-Papiers
Genf, Mai 2005

versperrt. Diese Situation betrifft bereits eine grosse Anzahl von SchülerInnen, deren Schulniveau keinen Zugang zur Mittelschule ermöglicht. Die jedes Jahr steigende Anzahl von plötzlich sich selbst überlassenen, von der Gesellschaft vernachlässigten Jugendlichen, die keine Beschäftigung mehr haben, wird zu einem zentralen Problem Schweizerischer Jugendpolitik werden.



- **Bewegungsfreiheit:** Die vom SIT verteidigten Sans-papiers haben eine Prokuration, die ihnen auf dem Genfer Kantonsgebiet Schutz bietet. Sobald sie aber die Kantongrenze überschreiten, ist der SIT nicht mehr in der Lage, ihnen Schutz zu bieten, was sie verletzlich macht. Ausserdem führt ihre gesetzliche "Inexistenz" auch dazu, dass eine kurze Rückkehr in ihr Heimatland unmöglich ist. Dies erschwert die Beziehungen zu den zurückgebliebenen Familienmitgliedern erheblich. Mehr noch, die fehlende Aufenthaltsbewilligung führt zu unzähligen Schwierigkeiten bei allen administrativen Akten, etwa wenn es darum geht, amtlich Dokumente wie Geburtsscheine zu bekommen oder den Pass verlängern zu lassen.

> Dimensionen unserer gewerkschaftlichen Arbeit

► **Seit Jahren ist die Verteidigung von papierlosen ArbeitnehmerInnen ein wichtiger Teil der gewerkschaftlichen Arbeit des SIT. Sie teilt sich in verschiedene Bereiche auf:**

1. **Empfang und Information:** Die wöchentlichen Sprechstunden sind ein Ort des Zuhörens, des Austausches und der Information, manchmal sogar der Bildung (Arbeitsrecht, Sozialversicherungen, AHV usw.). Nach der Eröffnung eines Dossiers erhält jedeR die bereits erwähnte Prokuration, die belegt, dass der SIT die Person kennt und vertritt.

2. **"Klassische" gewerkschaftliche Vertretung:** Obwohl sie in prekären Verhältnissen und ohne Aufenthaltsbewilligung leben, sind Sans-papiers voll und ganz ArbeitnehmerInnen. Der SIT vertritt sie ebenso in kollektiven Fragen (Aushandlung von Gesamt- und Normalarbeitsverträgen usw.) wie auch bei individuellen Arbeitskonflikten. Die unzähligen, von Arbeitgebern begangenen Missbräuche und Zuwiderhandlungen gegen das Arbeitsrecht werden oft am Arbeitsgericht eingeklagt.

3. **Kollektive Initiativen:** Wir organisieren regelmässig Versammlungen dieser SchattenarbeiterInnen, um die Verbindung zu und zwischen ihnen zu stärken, sie über ihre Rechte zu informieren und ihr Zugehörigkeitsgefühl zu einer kollektiven Bewegung zu fördern.

4. **Analysen:** Mit dem Einverständnis der Betroffenen und unter Garantie eines totalen Datenschutzes dokumentieren wir so viele Informationen wie möglich über papierlose ArbeitnehmerInnen. So haben wir eine einzigartige Datenbank erstellt, die insbesondere Berufsbranchen, Löhne und Lebensverhältnisse papierlosen ArbeitnehmerInnen erfasst. Wir können so zum Beispiel klar belegen, dass die grosse Mehrheit der Genfer Sans-papiers in der Hauswirtschaftsbranche arbeitet.

5. **Öffentliche Aktionen:** Aufgrund der in den gewerkschaftlichen und Sans-papier-Sprechstunden gesammelten Unterlagen, informieren wir über die unmenschlichen Verhältnisse, in denen die Sans-papiers wegen der fremdenfeindlichen Schweizer Gesetzgebung leben müssen..

> Schluss mit der Politik des Ausschlusses und der Diskriminierung!

Einige Ideen für die Zukunft

► **E**s ist Zeit, mit der Heuchelei, die die Problematik der Sans-papiers kennzeichnet, Schluss zu machen. Diese Menschen haben Arbeitsplätze inne,

die für die Schweiz ganz offensichtlich notwendig sind. Wie alle ArbeitnehmerInnen, haben sie Anrecht auf eine menschenwürdige Existenz und gute Arbeitsbedingungen. Es ist unabdingbar, dass andere Kantone, Städte und Regionen der Schweiz sich diesem Engagement anschliessen und gemeinsam auftreten, um die Forderung nach einer kollektiven Regularisierung der Sans-papiers gegenüber den Bundesbehörden mit dem nötigen Druck vertreten zu können. Unser gewerkschaftliches Engagement für die kollektive Regularisierung der Sans-papiers ist nicht eine Frage der Wohltätigkeit, sondern der Gerechtigkeit. Es ist Teil unseres Einsatzes für gleiche Rechte für alle ArbeitnehmerInnen.

Respekt, Toleranz und Gleichberechtigung

Eine Politik, die einen Teil der Gesellschaft ausschliesst und diskriminiert, verletzt die Grundrechte aller. Heute führt die offizielle Schweizer Politik zum Ausschluss gewisser Bevölkerungsgruppen und zum Entstehen einer Zweiklassengesellschaft. Diese inakzeptable Politik muss mit aller Kraft bekämpft werden! Wir setzen uns ein für eine offene Gesellschaft, die auf Gleichberechtigung und dem Respekt der Grundrechte aller Menschen beruht. Wir setzen uns ein gegen Fremdenfeindlichkeit, für mehr soziale Gerechtigkeit, für eine Gesellschaft, in der alle legal und frei zusammen leben können, in Respekt und Toleranz.

>>> Der SIT ruft alle Organisationen, Gewerkschaften, Kollektive und progressiven AktivistInnen dazu auf, papierlose ArbeitnehmerInnen zu organisieren, um ihre Rechte zu verteidigen und ihre kollektive Regularisierung zu fordern.

Nützliche Informationen:

Collectif de soutien aux sans-papiers de Genève

Route des Acacias 25, 1227 Genève

Telefon: 022 301 63 33

collectifsanspapiers@ccsi.ch

www.sans-papiers.ch

Observatoire romand du droit d'asile et des étrangers

Postfach 270, 1211 Genève 8

Telefon: 022 310 57 30

info@odae-romand.ch

www.odae-romand.ch/observatoire/

Schweizerische Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht

Maulbeerstrasse 14

3011 Berne

Telefon: 031 381 45 40

info@beobachtungsstelle.ch

www.beobachtungsstelle.ch

Weitere infos:

- ▶ <http://www.sit-syndicat.ch> >dossiers>sans-papiers
- ▶ Schlussbericht der Expertenkommission über die erwerbstätigen Sans-papiers zuhanden des Genfer Regierungsrats, Januar 2005
- ▶ Analyse du secteur clandestin de l'économie domestique à Genève, Observatoire universitaire de l'emploi, Genf, Januar 2005
- ▶ SIT-Brochuren
Contre la précarité, régularisons les sans-papiers, April 2002
Régularisons les sans-papiers et le secteur de l'économie domestique, September 2004

www.sit-syndicat.ch



syndicat

interprofessionnel

de travailleuses et travailleurs

Gewerkschaft SIT

► Die Gewerkschaft SIT - Syndicat interprofessionnel de travailleuses et travailleurs - ist in Genf (Schweiz) aktiv und vertritt die Interessen aller ArbeitnehmerInnen, unabhängig von Beruf, Nationalität, Aufenthaltsstatus, Alter und Geschlecht. Wir setzen auf Solidarität und kollektives Handeln.

Durch seinen stark interprofessionell geprägten Charakter, seine Ausrichtung auf Solidarität und seine Verankerung in den prekärsten Arbeitsbereichen, nimmt der SIT seit Jahrzehnten an allen Kampagnen zur Immigrations- und Asylpolitik teil. Unser Leitfaden ist: Wir stehen ein für die Rechte aller Menschen, die in der Schweiz leben und arbeiten, unabhängig davon, ob sie SchweizerInnen oder AusländerInnen sind, ob sie aus Europa oder aus anderen Teilen der Welt stammen. Wir engagieren uns für solidarisches Handeln und gleiche Rechte für alle ArbeitnehmerInnen.

**Wir engagieren uns für solidarisches Handeln
und gleiche Rechte für alle ArbeitnehmerInnen.**